

Dr. Klaus. J. Becker

Mairedede Großkarlbach 2015

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Seit 125 Jahren demonstrieren die Gewerkschaften am 1. Mai für die Rechte der arbeitenden Menschen.

Seinen Ursprung hat der Tag der Arbeit in Nordamerika, wo erstmals 1886 am 1. Mai zum Generalstreik aufgerufen wurde, um den Achtstundentag im Rahmen einer Sechstageswoche durchzusetzen.

Damals arbeiteten die Menschen noch 12-Stunden-täglich – also 72 Stunden in der Woche - lediglich der Sonntag war frei. Urlaub, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und ähnliches gab es natürlich nicht.

Solche Sozialleistungen mussten die arbeitenden Menschen in Deutschland erst in langen und mühevollen Arbeitskämpfen durchsetzen.

Arbeitsfrei war der erste 1. Mai bei uns erstmals am 1. Mai 1919. Der Feiertag wurde jedoch bereits ein Jahr später wieder kassiert – genauso wie der 8-Stundentag im Rahmen einer Sechstageswoche, der 1918 eingeführt bereits 1924 den arbeitenden Menschen wieder geraubt wurde.

Zwar wurde der 1. Mai 1933 von den Nationalsozialisten wieder zum Feiertag erklärt, anschließend aber statt zum Tag der Arbeit zum Nationalfeiertag des Deutschen Volkes erklärt. Seiner früheren

Beziehung zur Arbeit oder gar zur Arbeiterbewegung wurde er gänzlich entkleidet. Er sollte jetzt nur noch ein Tag der Volksgemeinschaft sein. Angeknüpft wurde an angeblich germanisches Brauchtum. Der Erste Mai wurde nun als Frühlingsfest begangen, wie es in einigen Regionen traditionell üblich war. Hinzu kamen volksfestartige Elemente wie Tanz und Kinderspiele.

Erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurde der 1. Mai ab 1946 wieder als Tag der Arbeit begangen und in der Bundesrepublik Deutschland ab 1950 auch wieder als gesetzlicher Feiertag festgelegt - gemeinsam mit der 48 Stunden-Woche als Regelarbeitszeit.

Seit Mitte der fünfziger Jahre war daher die zentrale Forderung der deutschen Gewerkschaften: „Samstags gehört Vati mir“ – also die Einführung der 40-Stunden-Woche, die sich ab Mitte der sechziger Jahre in den Tarifverträgen durchsetzte.

Nach einem Jahrzehnt der Vollbeschäftigung stiegen seit Mitte der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts die Arbeitslosenzahlen in der Bundesrepublik wieder an, weshalb die Gewerkschaften nun die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich forderten, um die ausreichend vorhandene Arbeit gerecht aufzuteilen.

1995 wurde die 35-Stunden-Woche tatsächlich auch in der Druck-, Metall- und Elektroindustrie erreicht - Seitdem ist die Wochenarbeitszeit in vielen Branchen – meist unter dem Stichwort „Rücknahme der Arbeitszeitverkürzung“ – aber wieder deutlich angestiegen.

Sie ist aber nicht nur deutlich angestiegen sondern sie wird inzwischen auch „Flexibel“ gestaltet.

Diesem Flexibilisierungsinteresse der Arbeitgeber steht aber das Interesse der arbeitenden Menschen nach einer Verstetigung und Kalkulierbarkeit des Einkommens, nach Planbarkeit der Freizeiten sowie nach selbstbestimmter Flexibilität gemäß persönlicher Erfordernisse oder Wünsche gegenüber.

Insbesondere für Eltern ist aber eine Anpassung der Arbeitszeiten oft nur dann möglich, wenn auch seitens der Kinderbetreuungseinrichtungen beziehungsweise der betreuenden Personen eine entsprechende Bereitschaft zur Flexibilität gegeben ist.

In der Realität heißt Arbeitszeitflexibilität inzwischen deshalb für viele Familien: Vielleicht gehört Papi noch Samstags mir – dafür ist aber Mami nicht zuhause, weil sie noch bis 22.00 Uhr bei Penny, Lidl oder Globus arbeiten muss – also in Branchen, die früher einen geregelten Ladenschluss unter der Woche um 18.30 Uhr und Samstags um 13.00 Uhr kannten. Immer mehr verkaufsoffene Sonntage gefährden das Familienleben noch zusätzlich.

Vor der großen Rücknahme der Arbeitszeitverkürzung war es aber auch selbstverständlich, dass die arbeitenden Menschen sich von ihrer beruflichen Tätigkeit ernähren konnten. Im März 2009 gab es in Deutschland aber bereits etwa 4,9 Millionen ausschließlich geringfügig Beschäftigte. Hinzu kamen 2,25 Millionen geringfügig Beschäftigte im Nebenjob, zusammen also rund 7,15 Millionen geringfügig Beschäftigte. Im Februar 2012 stieg die Gesamtzahl auf rund 7,45 Millionen. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Zweitjob hat sich demnach in den vergangenen 10 Jahren auf 9,1 % verdoppelt.

So hat z.B. bis in zu 5 Jobs gleichzeitig die Berliner Schauspielerin Johanna S. in den vergangenen Jahren gearbeitet. Anders sei in ihrem Metier selten genug Geld zu verdienen, sagt die Schauspielerin.

Momentan erschreckt sie in einer Festanstellung die Besucher einer Berliner Geisterbahn, arbeitet nachmittags in einer Ganztagschule, spielt Theater und bedient - wenn es die Zeit zulässt - in einer Bar.

Viele Minijobber wie Johanna S. missachten in ihrer Not dabei auch die Vorgaben des Zeitarbeitsgesetzes, das weder regelmäßiges Arbeiten über 10 Stunden am Tag noch mehr als 48 Stunden in der Woche zulässt.

Die geringfügige Beschäftigung drängt aber nicht nur die Normalarbeitsverhältnisse zurück. Sie hat auch zur Folge, dass keine ausreichenden Ansprüche auf Altersversorgung in der gesetzlichen Rentenversicherung entstehen. Daraus entsteht eine gravierende neue Altersarmut, die seit 2003 wieder massiv ansteigt. Hinzu kommt, dass in den Industrieländern sich die Kosten für die Pflege alter Menschen bis zum Jahr 2050 mindestens verdoppeln werden – aber wovon dann bezahlen?

Einer OECD-Studie zufolge ist die Versorgung älterer Menschen in Deutschland übrigens besonders schlecht.

Deshalb gibt es in Deutschland seit dem 1. Januar 2015 aufgrund des Mindestlohngesetzes erstmals einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn, damit arbeitende Menschen auch von ihrer Arbeit leben und ihre Rente finanzieren können und nicht auf die Aufstockungen durch die Sozialbehörden angewiesen sind.

Seit dem Start des gesetzlichen Mindestlohns werden aber immer wieder Umgehungsstrategien von Arbeitgebern bekannt – deshalb fordert der DGB jetzt "flankierende gesetzliche Maßnahmen" zum Mindestlohngesetz, "damit der Mindestlohn auch bei allen ankommt".

Denn oft versuchen Arbeitgeber derzeit, den Mindestlohn durch neue Arbeitsverträge mit kürzeren Arbeitszeiten zu umgehen – damit ist natürlich keinem arbeitendem Menschen geholfen.

Der gesetzliche Mindestlohn und die abschlagsfreie Rente mit 63 nach 45 Beitragsjahren sind deshalb nur erste Schritte zu einer notwendigen Neuen Ordnung der Arbeit. Weitere Schritte wie flexiblere Übergänge in die Rente, ein Mitbestimmungsrecht bei Leiharbeit und Werkverträgen und die längst fällige Reform der Minijobs müssen folgen.

Nicht vergessen werden darf aber auch die Generation Praktikum. Nach Schätzungen des DGB gibt es in Deutschland rund 400.000 Praktikanten - Tendenz steigend. 100.000 von ihnen sind 13 bis 15-jährige Schüler, die ein ein- bis zweiwöchiges Betriebspraktikum absolvieren. Rund 50 000 machen ein so genanntes Einstiegs- und Qualifizierungsjahr, weil sie keinen Ausbildungsplatz bekommen haben. Hinzu kommt die große Gruppe der Menschen die im Rahmen von Maßnahmen des Arbeitsamtes über sogenannte Pflichtpraktikas wieder in das Arbeitsleben eingegliedert werden sollen – meist vergeblich, wie ich aus meiner eigenen beruflichen Anschauung weiß.

Doch der überwiegende Teil der Praktikanten entfällt auf Studierende, die während des Studiums oder nach ihrem Abschluss Erfahrung sammeln wollen oder einen Berufseinstieg suchen. Die Angst vor der Arbeitslosigkeit nach dem Studium und die Sorge vor Lücken im Lebenslauf treibt viele in die Endlosschleife Praktikum. Dabei nehmen viele auch in Kauf, dass sie finanziell schlechter dastehen als bei einer Arbeitslosigkeit.

Auch wenn es keine genauen Zahlen gibt, dürfte die Bedeutung der Praktikanten für die deutsche Wirtschaft mittlerweile enorm sein – zum Beispiel im Verlagswesen, der Architektur-, in der Werbe- und PR-Branche sowie im Medienbereich. Ohne Praktikanten würde dort nichts mehr laufen. Viele der jungen Leute ersetzen dort vollwertige Mitarbeiter.

Für viele Arbeitgeber sind Praktikanten also nur billige und flexible Arbeitskräfte, mit denen zum Teil aber fest geplant wird. Dass sie häufig schlecht qualifiziert sind, nehmen die Arbeitgeber dabei gern in Kauf. Wenn es in einem Stellenangebot beispielsweise heißt, Praktikant als Webdesigner in einer Agentur, für 6-12 Monate gesucht, Vorkenntnisse erwünscht, handelt es sich um nichts weiter als eine als Praktikum getarnte Beschäftigung zum Dumpinglohn.

40 Prozent der Praktikanten bekommen übrigens überhaupt keine Bezahlung. Die verbleibenden 60 Prozent erhalten zwischen 150 und 300 Euro im Monat.

Der beste Weg, gute Arbeits- und Einkommensbedingungen durchzusetzen, sind und bleiben deshalb starke Tarifverträge. Für eine neue Ordnung auf dem Arbeitsmarkt bleibt deshalb weiterhin die Stärkung der Tarifbindung zentral.

Es ist deshalb gut, dass mit dem Tarifstärkungsgesetz die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen erleichtert wird und alle Branchen unter das Entsendegesetz fallen. Das reicht aber nicht! Diejenigen Arbeitgeber, die täglich Tariffucht begehen, müssen ihren Widerstand aufgeben und endlich Mitglied in den Arbeitgeberverbänden werden.

Denn: Die Arbeitswelt steht mit der Digitalisierung, der demographischen Entwicklung und der Globalisierung in einem Umbauprozess, der die Arbeitswelt bereits verändert hat, und weiter enorm verändern wird.

Auf diese Veränderungen müssen wir Antworten finden. Niemand spricht diesen Prozessen die Chancen für die Beschäftigten ab – aber die Risiken müssen genauso benannt werden, und Konzepte entwickelt werden, um diese gesundheitlichen Risiken für die Beschäftigten zu minimieren.

Dazu gehören z.B. der zunehmende psychische Stress am Arbeitsplatz, bedingt durch die 24-Stunden-Verfügbarkeit durch Blackberries oder sonstige smartphones.

Wie viele arbeitende Menschen werden genau heute an diesem gesetzlichen Feiertag oder an dem dadurch verlängerten Wochenende immer wieder nervös auf ihr smartphone schauen, um zu überprüfen, ob ihr Arbeitgeber sie nicht vielleicht doch erreichen will?

Wie viele emails werden auf diese Weise am diesen Wochenende schon von Beschäftigten zuhause abgearbeitet, damit am Montagmorgen nicht die ganze email welle über den Mitarbeiter hereinbricht?

Dies ist eine genauso krankmachende Arbeitssituation wie die prekäre Beschäftigung bei scheinbar Selbstständigen wie z.B. bei den sogenannten Clickworkern, also Internetnutzern, die zuhause Aufgaben und Projekte für Unternehmen bearbeiten, ohne bei diesen fest angestellt zu sein.

Selbst Putzhilfen werden inzwischen als Schein-Selbstständige von Online-Vermittlern vermittelt und dabei gnadenlos abgezockt.

Die Entwicklung, die unsere Arbeitswelt gerade durchläuft, ist also mehr als komplex. Die Antworten darauf können nicht einfach und platt sein. Diesen Diskussionsprozess werden wir gesamtgesellschaftlich in den nächsten Jahren führen müssen, in den Vereinen, in den Parteien, in den Gewerkschaften und in der Gesellschaft.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen sie mich deshalb zum Schluss auf meinem Ausgangspunkt zurückkommen.

1886 gaben Arbeiter in Nordamerika das Startsignal zum Kampf um den 8-

Stunden-Tag. Nicht nur Ihre damalige Niederlage sollte uns daran erinnern, dass ein Land wie die USA – nach wie vor ohne gesetzliche Krankenversicherung und mit einem **Urlaubsanspruch** von nicht mehr als zwei Wochen nicht der Weisheit letzter Schluss sein sollte.

Deshalb machen die Gewerkschaften auch auf die Risiken der derzeit diskutierten Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen der EU und den USA – kurz TTIP aufmerksam.

Mit diesem transatlantischen Abkommen droht nach Ansicht vieler Gewerkschafter die Gefahr, dass Arbeitnehmerrechte auf das jeweils niedrigere Niveau heruntergefahren würde – also auf das Niveau der USA.

TTIP bietet sicher auch manche Chance – vor allem derzeit aber auch noch die Möglichkeit zur Einflussnahme auf die von uns gewählten Volksvertreter in Berlin und Brüssel. Die SPD will ihre Zustimmung z.B. von einem Parteitag abhängig machen – nehmen wir in unseren unterschiedlichen Parteigremien darauf aktiv Einfluss

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit und natürlich besonders bei der SPD-Großkarlbach, die mir die Möglichkeit gegeben hat, vor Ihnen als Historiker am 1. Mai zu seiner nun 125-jährigen Geschichte als Tag der Arbeit sprechen zu können.

Wie sie aber gemerkt haben, war es mir aber genauso wichtig als Gewerkschafter ihnen die Gefahren und Risiken der neuen Arbeitswelt aufzuzeigen, die offensichtlich unter dem Stichwort **Industrie 4.0** uns mit weiteren elektronischen Entwicklungen beglücken wird. ob diese alle zu unserem Glück sind, wird die Zukunft zeigen.

Zum Schluss der Rat des Historikers: Um die Zukunft gestalten zu darf man der scheinbar besseren Vergangenheit nicht nachtrauern. Nutzen sie die zahlreichen neuen Medien für einen tatsächlichen breiten Informationsgewinn, bleiben sie täglich aufmerksam für die globale Entwicklung und nehmen sie trotzdem unsere zahlreichen demokratischen Beteiligungsrechte bis zur kommunalen Ebene wahr. Nur so erhalten wir gemeinsam den bewährten demokratischen Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland.

Vielen Dank